Nr. 208 XXVIII. Jahrgang

Sonntag, 22. August 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Grundzeile, 32 mm breit, M. 2.–, für das Ausland M. 10.–. Reklamezeile, 81 mm breit, M. 6.–, mit Platzvorschrift M. 7.–, für das Ausland M. 20.–. Bei Listen- oder Rundsatz 10 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 20 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 5.75, vierteljährlich M. 17.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 5.25 ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 2.20, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.50. Einzelnummer 30 Pf.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 13525, 13635, 13897 und 17109. • Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060

Unverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. – Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts.

Die Kämpfe im polnischen Randbezirk

+ Kattowitz, 21. August. (Eig. Drahtbericht.) In Bogutschütz-Nord kam es schon in den gestrigen Nachmittagsstunden zu schweren Zusammenstößen zwischen der Sicherheitspolizei und den polnischen Banden. Die dritte Hundertschaft der Sicherheitspolizei Kattowitz, die sich zur Aufrechterhaltung der Ordnung schon seit Donnerstag in Kattowitz befand, wurde beim Passieren der Straße mit Gewehrfeuer aus den Fenstern empfangen. Die Mannschaften hatten einen schweren Stand. Hin und wieder waren auch polnische reguläre Soldaten zu sehen, die anscheinend den Ueberfall auf die Sicherheitspolizei leiteten. Die eigentlichen Straßenkämpfe begannen gegen 5 Uhr nachmittags. Es entwickelte sich in Bogutschütz-Nord eine regelrechte Schlacht. Die Polen waren gut bewaffnet. Sie hatten die neuesten Gewehre und viel Munition. Außerdem benutzten sie Handgranaten und auch Dynamitbomben. In der Nacht zwischen 1 und 2 Uhr waren die Kämpfe am heftigsten, ununterbrochen war das Geknatter des Gewehrfeuers und die Detonationen der Granaten hörbar. Unsre Sicherheitspolizei wehrte sich heldenmütig, mußte aber gegen Morgen wegen der großen Uebermacht der polnischen Banden den Kampf aufgeben. Sie hat leider vier Tote und sechs Schwerverwundete zu beklagen. Viermal hatten die Polen in der Nacht versucht, ein Lager, in dem die Mannschaften untergebracht waren, zu erstürmen. Jedesmal mißlang dieses Vorhaben infolge des zähen Widerstandes der Verteidiger. Ein Sicherheitsbeamter wurde von den Polen schwer verletzt und dann in die Rawa geworfen. Seine Leiche konnte noch nicht aufgefunden werden. Heute morgen trat die Mannschaft nach harter und schwerer Arbeit den Rückmarsch nach Kattowitz an, verfolgt von den Gewehrschüssen der Polen, die ihnen bis an die Grenze von Kattowitz folgten. Mannschaften der Sicherheitspolizei erzählten, daß die Polen größten Zuzug aus Janow und Nikischacht erhalten hätten. Gestern gegen mittag wurde in Bogutschütz-Süd heftig geschossen. Polnische Patrouillen stehen bis an die Peripherie von Kattowitz. Bogutschütz-Nord ist vollständig in den Händen der Polen. Auf dem Dache des Gemeindehauses haben die Polen ein Maschinengewehr eingebaut, womit sie die Straßen von Kattowitz beherrschen. Die in Bogutschütz liegende französische Besatzung soll sich geweigert haben, dem Ersuchen der Offiziere der Sicherheitspolizei um Hilfeleistung nachzukommen. Um etwa 8 Uhr nachmittags wurde ein Plakat angeschlagen, das zur Waffenabgabe bis heute abend 7 Uhr auffordert. Bemerkenswert ist an diesem Aufruf, daß er abweichend von den sonstigen Aufrufen nur in deutscher Sprache abgefaßt ist. In Myslowitz wurde gestern vormittag die Sicherheitswehr auf Befehl französischer Offiziere entwaffnet. Diese weigerten sich und verbarrikadierten sich in der Kaserne, die gegenwärtig belagert wird. In den Nachmittagsstunden wurde Myslowitz gestürmt. Die Hundertschaft der Sicherheitswehr wurde entwaffnet.

Aus Rodzin-Schoppinitz wird gemeldet, daß der Buchdruckereibesitzer [illegible] erschossen worden sei. In Bogutschütz dauerte der Straßenkampf etwa von 4 bis 7½ Uhr früh. Der Ort befindet sich, nachdem die Sicherheitspolizei vor der Uebermacht den Kampf aufgegeben hat, um weiteres Blutvergießen zu vermeiden, in den Händen der Polen, die seine Zugehörigkeit zu Polen ausgerufen haben. Später nahmen Franzosen mit den Polen den Patrouillendienst auf.

•

Der Hauptschlag kommt noch?

+ Kattowitz, 21. August. (Eig. Drahtbericht.) Flüchtlinge, die in Kattowitz gestern nachmittag angekommen sind, erzählen, daß der Hauptschlag der Polen erst am Sonnabend oder Sonntag erfolgen soll.

•

Französische Ausrüstung für die Polen

+ Kattowitz, 21. August. (Eig. Drahtbericht.) Aus Bendzin wird von gestern gemeldet: Gegen 4 Uhr nachmittags fuhren sieben französische Lastautos mit Waffen nach Bogutschütz. Sie wurden von den Polen unterwegs beschossen, aber geräumt, als sie als Franzosen erkannt wurden. Die Waffen wurden dort abgeladen und an die Polen verteilt. In Bogutschütz-Süd stehen polnische Maschinengewehre mit reichlicher Munition, die aus Polen gekommen ist. In Eichenau befindet sich das Hauptquartier der Polen, wo man die Leute verteilt und ihnen ihre Tätigkeit zuweist. Gestern abend bei Einbruch der Dunkelheit wurde das Beuthener Schützenregiment Nr. 187 (Polen) in Zivil über die Grenze gebracht. Das Regiment soll hier ausgerüstet werden.

Aus Sluppna wird berichtet, daß dort eine polnische Maschinengewehrkompagnie mit regulärem polnischen Militär festgestellt worden ist.

Ein Augenzeuge, der aus Bogutschütz kommt, teilt mit, daß von den dort postierten französischen Soldaten unter die Polen Ausrüstungsgegenstände, wie Tornister, Stahlhelme und Patronentaschen, verteilt werden. Ihm selbst gelang es, durch Aufsetzen einer polnischen Mütze unter die Polen zu kommen und gleichfalls die genannten Gegenstände zu erhalten.

•

Ententetruppen in Bereitschaft

B. Berlin, 21. August. (Eig. Drahtbericht.) Ententetruppen aus dem ostpreußischen Abstimmungsgebiet haben vor Strausberg bei Berlin ihre Fahrt unterbrochen. Wie verlautet, sollen die Transporte zum Teil für Oberschlesien reserviert bleiben, falls die dortigen Vorgänge eine schnelle Verstärkung der alliierten Besatzungstruppen notwendig machen.

Belagerungszustand in ganz Oberschlesien

B. Berlin, 21. August. (Eig. Drahtbericht.) Ueber den polnischen Anmarsch in Oberschlesien liegen an zuverlässigen Meldungen nur die wenigen amtlichen Berichte vor. Vor Kattowitz waren um Mitternacht die Polen noch nicht erschienen. Die interalliierte Kommission hat den Belagerungszustand auf ganz Oberschlesien ausgedehnt.

•

Scharfe Maßnahmen gegen die Polen

Obwohl nach den vorstehenden Meldungen ganz unzweifelhaft feststeht, daß die polnischen Gewaltstreiche nur möglich und deshalb von so schnellem Erfolg gekrönt sind, weil sie schon von langer Hand mit Hilfe der großpolnischen Verschwörung bis ins einzelne unter stiller Duldung der französischen Besatzungstruppen vorbereitet waren, trotz dieser unumstößlichen Tatsache, wird jetzt von französischer Seite gewagt, folgendes zu verkünden:

WTB. Königshütte, 20. August. Nach einer Aeußerung der hiesigen französischen Kommandantur hat General Gerand ausdrücklich versichert, daß die französischen Truppen in erster Linie die Aufgabe hätten, für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung zu sorgen. Demgemäß würden sie allen Unruhen, gleichviel ob sie von polnischer oder von andrer Seite kämen, mit Energie entgegentreten, und so würde auch ein etwaiger Poleneinmarsch in Oberschlesien unter keinen Umständen geduldet werden. Auf Befehl der interalliierten Kommission in Oppeln seien bereits französische Truppen in Lastkraftwagen nach Laurahütte, Bogutschütz usw. abgegangen, wo es bereits zu Zusammenstößen gekommen sei.

Was es mit diesen [illegible] in Wirklichkeit für eine Bewandtnis hat, sieht man aus der obigen Meldung aus Kattowitz. Danach werden die von den Autos mitgeführten Waffen nicht gegen die revoltierenden Polen, sondern zu deren Ausrüstung gegen die oberschlesische Sicherheitswehr verwendet. Die Heuchelei der Gegner Deutschlands wird aber noch weitergetrieben, indem man die polnische Presse zu der Mitteilung ermächtigt, daß die interalliierte Kommission die schärfsten Maßnahmen angeordnet habe, um die Ordnung wiederherzustellen. Alle Schuldigen sollen in Haft genommen und vor das Kriegsgericht gestellt werden. Nach der bisher erwiesenen französischen Parteilichkeit zu urteilen, wird diese Schärfe sehr wahrscheinlich nur die Deutschen treffen sollen, die man schon als die allein Schuldigen und als die Provozierenden hinzustellen sucht. Der General Le Rond besitzt die Stirn zu folgender echt französisch verdrehten

Verdächtigung der Deutschen,

die Havas veröffentlicht. In dem Bericht des Generals heißt es u. a.:

„Die Unruhen sind durch extremistische Bewegungen hervorgerufen worden, wie sie in letzter Zeit in verschiedenen Gegenden Europas wahrgenommen worden sind. Die radikalen Elemente, die an den bevorstehenden Sieg der Bolschewisten glauben, beschimpften öffentlich Polen und Frankreich. Die Deutsche Regierung, die gleichfalls auf einen militärischen Erfolg der Bolschewisten spekulierte, unterstützte die Ausschreitungen." Von der „Gleiwitzer Zeitung" sei die Neutralität Oberschlesiens proklamiert worden, das Blatt habe ferner die Entwaffnung und Entfernung der interalliierten Besatzungstruppen verlangt. Im Zusammenhang mit dieser Forderung sei es zu Unruhen gekommen, die auf deutscher Seite in Kattowitz einen bolschewistischen Charakter angenommen hätten. Zwei französische Soldaten seien getötet, acht verletzt worden, unter diesen einer schwer."

Schon wendet sich aber die deutsche Regierung energisch gegen diese infame Unterstellung, die nur bezweckt, die Aufmerksamkeit von den wirklich Schuldigen abzulenken. Sie erklärt durch Wolffbureau, daß sie nicht das geringste getan habe, um die Vorgänge in Oberschlesien zu fördern, die den Interessen der deutschen Bevölkerung nur zum Schaden gereichen können. Gegen die Unterstellung, daß die Bewegung durch die deutsche Regierung unterstützt worden sei, müsse aufs entschiedenste Verwahrung eingelegt werden.

Außerdem läßt übrigens auch die preußische Regierung bekanntgeben, daß sie der französischen Gesandtschaft in Berlin

»ein Bedauern ausgesprochen

habe wegen der Vorkommnisse in Kattowitz. Diese Mitteilung des Pariser Journals entbehrt vielmehr jeder Begründung.

Die Parteilichkeit der französischen Besatzungsbehörde wird aber weiter entsprechend gekennzeichnet durch folgende Meldung der Presseabteilung des Plebiszitkommissariats für Deutschland:

Die Räume des Plebiszitkommissariats in Kattowitz sind heute zwischen 8 und 9 Uhr vormittags durch das französische Militär durchsucht worden. Sämtliche Akten und die für die Volksabstimmung ausgelegten Listen verfielen der Beschlagnahme. Ein Grund für die Durchsuchung wurde nicht angegeben. Das Plebiszitkommissariat für Deutschland hat bis zur Klärung des Sachverhalts seine Arbeit eingestellt. Die Wiederaufnahme wird bekanntgegeben.

Gegen die Deutschen werden also sofort die schärfsten Maßnahmen ergriffen, während die Polen für ihre Gewaltpolitik noch Waffen erhalten! Frankreich scheut auch vor offener Parteilichkeit und selbst vor Rechtsbrüchen nicht zurück, wenn es nur damit eine Schädigung Deutschlands zugunsten der gehätschelten Polen erreichen kann. Jetzt schreitet es sogar

zur Verletzung der Neutralität Danzigs,

um den Polen Waffen zu liefern, die diese nicht nur gegen die Bolschewisten, sondern angriffsweise auch gegen Deutsche anwenden. Denn wie der „Matin" mitteilt, befinden sich zwei französische Panzerkreuzer, „Marseillaise" und „Gueydon", auf dem Wege nach Danzig. Da die Schiffe, die sich vor Memel befinden, dort verbleiben müßten, sei es notwendig gewesen, andre Schiffe nach Danzig zu schicken. Es sei von größter Wichtigkeit, daß das für Polen bestimmte Material ungehindert ausgeladen werden könne. Danzig sei neutralisiert worden, damit Polen einen offenen Weg nach dem Meere habe.

Diese Auslegung des Begriffs Neutralität ist wohl das Tollste, was sich chauvinistische Frechheit leisten kann!

•

Danzig will neutral sein!

Die verfassunggebende Versammlung in Danzig nahm den Antrag des auswärtigen Ausschusses an, den Oberkommissar Tower zu ersuchen, für das Gebiet der künftigen Freistadt Danzig die Neutralität zu erklären, mit 63 gegen 21 Stimmen der Unabhängigen und der Polen an.

☞ Kopenhagen, 21. August. (Eig. Drahtbericht.) „Berlingske Tidende" berichtet aus Paris: Der Kommissar der Alliierten in Danzig, Tower, gibt als Grund für das Verbot der Fortsetzung der Munitionstransporte für Polen über Danzig die Erregung der Danziger Bevölkerung an. Er erklärte, die Alliierten hätten nicht so viel Truppen in der Stadt, daß sie die Ordnung und Ruhe aufrechterhalten könnten. Die Munitionsschiffe fahren jetzt nach Putzig, einem kleinen polnischen Hafen.

Kommunistische Umtriebe

+ Essen, 21. August. (Eig. Drahtbericht.) Im rheinischen Industriegebiet wird erneut von den Kommunisten eine lebhafte Tätigkeit für die Errichtung der Räterepublik betrieben. In Essen, Elberfeld, Düsseldorf und andern Städten fanden gestern abend kommunistische Versammlungen statt, in denen die Arbeiterschaft aufgefordert wurde, die öffentliche Gewalt an sich zu reißen. Zu Unruhen ist es, abgesehen von kleinen Zwischenfällen, nicht gekommen. In Velbert dagegen hat die kommunistische Propaganda bereits Erfolge gehabt. Dort haben die Arbeiter die Räteregierung errichtet, den Bürgermeister seines Amtes enthoben, die öffentlichen Gebäude und Banken besetzt und sich bewaffnet. Bewaffnete Arbeiter durchziehen mit aufgepflanztem Seitengewehr die Straßen der Stadt. Doch ist es auch dort bisher noch nicht zu Kämpfen gekommen.

+ Bernburg, 21. August. (Eig. Drahtbericht.) Nach einer Meldung des „Anhalter Kurier" ist in Cöthen die Räterepublik ausgerufen worden. Die Kommunisten haben alle öffentlichen Gebäude besetzt und Cöthen von jedem Telegraphen- und Eisenbahnverkehr abgeschnitten. Der Staatsrat für Anhalt hat eine Patrouille nach Cöthen entsandt, von der bisher aber noch keinerlei Nachricht vorliegt. Alle von Cöthen wegführenden Straßen sind von bewaffneten Arbeitern abgesperrt.

•

Ein mißglückter Putschversuch

+ Köln, 21. August. (Eig. Drahtbericht.) Auch in Elberfeld kam es gestern zu Arbeitslosenausschreitungen. Die Erwerbslosen verlangten die Gewährung einer einmaligen Teuerungszulage von 500 Mark für Verheiratete und 200 Mark für Unverheiratete. Nachmittags erfolgte ein mißglückter Putschversuch eines Häufchens der KAPD. (Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands). In einer Versammlung auf dem Exerzierplatz hatten ih: Anhänger zum sofortigen Handeln zur Ausrufung der Räterepublik und Diktatur des Proletariats aufgefordert. Etwa 1000 bis 1500 Mann zogen zum Rathaus, das aber rechtzeitig verschlossen worden war. Der Trupp schwenkte daraufhin zur Polizei ab, um dort die Herausgabe von Waffen zu verlangen. Die Sicherheitswehr war aber rechtzeitig von dem Anmarsch der Demonstranten benachrichtigt worden. Die Leute mußten unverrichteter Sache wieder abziehen.

•

Verfassungsmäßige Zustände wiederhergestellt

× Düsseldorf, 21. August. Der Regierungspräsident teilt mit: Velbert, wo gestern die Räterepublik ausgerufen worden war, ist heute in den frühen Morgenstunden durch Sicherheitspolizei, Abteilung Essen, genommen worden. 25 kommunistische Aufrührer wurden verhaftet. Die verfassungsmäßigen Zustände sind in Velbert wiederhergestellt.

Rheinische Politik

+ Köln, 21. August. (Eig. Drahtbericht.) Hier fand gestern auf Einladung des Regierungspräsidenten Dr. Brugger eine Besprechung des Reichsministers des Innern Dr. Koch mit Vertretern der rheinischen Bevölkerung statt. Der Reichsminister führte aus: Er wisse, wie schwer das Rheinland in dieser ernsten Zeit zu ringen und zu sorgen habe. Aber auch die Regierung habe in diesem Jahre schwer gerungen, damit Deutschland nicht gänzlich untergehe. Sie habe kaum eine ruhige Stunde gehabt. Heute sähe es aus, als ob das Allerschwerste überwunden sei. Er sei in das Rheinland gekommen, um die Bedürfnisse des Landes zu hören und kennen zu lernen. Er bitte die Erschienenen deshalb, sich rückhaltlos zu äußern.

Oberbürgermeister Adenauer betonte die große Wohnungsnot im besetzten Gebiet. So habe Köln im letzten Jahre an 30 000 Einwohnern aufgenommen und müsse außerdem noch für 3500 Unteroffiziere Quartier stellen, 5000 britische Soldaten außerhalb der Kasernen unterbringen und zahlreiche Räume für Bureauzwecke hergeben. Die wirtschaftliche Lage habe naturgemäß eine etwas westliche Orientierung genommen. Das habe sich nicht vermeiden lassen, denn das Rheinland mußte mit den ehemaligen Feinden wieder in wirtschaftlichen Austausch gelangen. Die rheinische Bevölkerung habe sich immer als gute Deutsche erwiesen, so daß alle Absonderungsbestrebungen zunichte geworden wären.

Geheimrat Hagen äußerte sich dann über die Ein- und Ausfuhrfragen, die eine ganz andre Regelung erfahren müßten. Die Unsicherheit auf diesem Gebiete wirke auf den wirtschaftlichen Verkehr geradezu lähmend. Er sagte, daß die rheinische Bevölkerung Herr ihres eigenen Schicksals zu werden wünsche und nicht in jeder Frage auf Berlin angewiesen zu sein wünsche. Das Verhältnis zwischen Zentralregierung und Provinzialbehörden muß neu geregelt werden.

Die amerikanische Präsidentenwahl

Von Graf Johann-Heinrich Bernstorff, Botschafter z. D.

In den Vereinigten Staaten von Amerika geht die Entwicklung der Demokratie dahin, daß die Wähler auf kurze Zeit einem Manne fast unbeschränkte Rechte erteilen und ihn, je nachdem er ihr Vertrauen erworben oder verloren hat, wiederwählen oder durch einen andern Mann ersetzen. Dadurch entsteht gewissermaßen eine Autokratie auf Kündigung, welche die Vorzüge der Monarchie mit denen der Republik verbindet. Da dieses historisch ausgebildete System nicht unsrer Idee der „formalen Demokratie" entspricht, begegnet man in Deutschland oft der Auffassung, daß die Vereinigten Staaten keine wahre Demokratie seien, weil die Macht des Präsidenten diejenige des Kongresses weit übertrifft. Wir Europäer sind in der Tradition aufgewachsen, die ausschließlich in dem Parlamente die freigewählte, verantwortliche Vertretung des Volkes sieht. Indessen läßt sich das politische Leben einer Nation nicht mit Schlagworten meistern. Die Geschichte allein ist die Bildnerin der staatlichen Organismen. In den Vereinigten Staaten ist der Kongreß eben nicht die einzige Volksvertretung. Von vornherein hat das amerikanische Volk seine Souveränität mehreren voneinander unabhängigen Gewalten übertragen, und heute erscheint der verantwortliche Präsident dem Volke als sein wahrer Vertreter, und zwar so sehr auf Kosten des Kongresses, daß das Volk im Falle von Differenzen fast immer für seinen direkt Erwählten, den Präsidenten, Partei ergreift und auf den Kongreß einen entsprechenden Druck ausübt.

Allerdings ist der amerikanische Präsident mehr der Ausführer des Volkswillens als der Führer des Volkes. Gerade diese Tatsache wird bei uns nicht genügend gewürdigt, weil die Macht der öffentlichen Meinung, des eigentlichen Souveräns der Vereinigten Staaten, in Deutschland immer unterschätzt worden ist. Der Präsident muß stets, um den amerikanischen Ausdruck zu gebrauchen, „sein Ohr am Boden haben," damit er in der Willensrichtung des Volkes führen kann. Wenn der Präsident, wie Wilson in Versailles, die Fühlung in der öffentlichen Meinung verliert, ist seine Macht dahin. Immerhin wird der Präsident im allgemeinen von dem Volke als dessen Hauptvertreter angesehen, weil er weniger als die Senatoren und Mitglieder des Repräsentantenhauses abhängig ist von Kirchturmsinteressen, dem Parteiklüngel, den man in Amerika die Parteimaschine nennt, und von sonstiger ungehöriger Beeinflussung. Dementsprechend haben auch die Präsidenten dieses Jahrhunderts durchweg eine sozial fortschrittlichere und demokratischere Politik getrieben als der Kongreß.

Die Parteimaschine hat naturgemäß starken Einfluß auf die Nominierung des Präsidentschaftskandidaten und versucht immer, solche Herren aufzustellen, auf deren Gefügigkeit sie glaubt rechnen zu können. Ein besonders bekanntes Beispiel für das übliche Vorgehen der Maschine war im Jahre 1900 die Nominierung Roosevelts zum harmlosen Amte des Vizepräsidenten. Dadurch wollte die republikanische Partei ihn kaltstellen; sie erzielte aber das entgegengesetzte Resultat, da Mc Kinley schon im Jahre 1901 ermordet und Roosevelt infolgedessen doch Präsident wurde.

Bis zu der Wahl des Jahres 1916 spielte die auswärtige Politik bei dem Kampfe um die Präsidentschaft keine Rolle, da die Beziehungen zum Auslande den Amerikanern fern und völlig gleichgültig erschienen. Man interessierte sich nur für die Monroe-Doktrin und die panamerikanische Politik. Der Weltkrieg schuf in dieser Beziehung einen Wandel, der indessen vielleicht eine vorübergehende Erscheinung bleiben wird. Der Wahlkampf vom Jahre 1916 wurde unter dem Zeichen der auswärtigen Politik ausgefochten und gewonnen. Bei der vorhergehenden Wahl hatte Wilson nur mit einer relativen Majorität den Sieg errungen, und zwar deswegen, weil Roosevelts Auftreten die republikanische Partei gesprengt hatte. Im Jahre 1916 gewann Wilson eine absolute Mehrheit, da er als Friedenspräsident galt. „He kept us out of war" war das Feldgeschrei der Demokraten. Schon damals war ein republikanischer Sieg höchstwahrscheinlich, weil die Deutschen und Iren auf Wilson wegen seiner Reden gegen die Bindestrich-Amerikaner sehr schlecht zu sprechen waren. Diese Aussichten wurden aber dadurch zunichte gemacht, daß Roosevelt sich lebhaft an der Wahlkampagne beteiligte und mit jedem Tage wildere Kriegsreden hielt. Die Friedensliebe des „kleinen Mannes" entschied den damaligen Wahlkampf. Es kam aber auch die politische Entwicklung hinzu, welche nach und nach die alten historischen Parteien umformt. Bei der letzten Wahl zeigte sich sehr deutlich, daß man die Gegner ebensogut mit den europäischen Namen Konservative und Liberale hätte benennen können. Die Republikaner siegten in allen Staaten, in denen das Großkapital übermächtig ist, während die Massen — namentlich die Arbeiter wegen des achtstündigen Arbeitstages — geschlossen für Wilson stimmten. Das Großkapital setzte — abgesehen von der Kriegspolitik — seinen ganzen Einfluß deswegen für Hughes ein, weil es von ihm einen hohen Zolltarif erwartete, um nach dem Kriege den aus diesem erzielten Gewinn festzuhalten. Ueberhaupt sind die radikalen Tendenzen Wilsons in Wallstreet verhaßt.

Bei den vorbereitenden Schritten für die kommende Wahl wurden die Lehren aus der vergangenen insofern beherzigt, als die demokratische Partei ihren nationalen Parteitag nach San Francisco verlegte in Anerkennung der Tatsache, daß der ganze Westen geschlossen für Wilson gestimmt hatte. Während aber vor vier Jahren Wilson wegen seiner Friedenspolitik im ganzen Lande und namentlich im Westen einen sehr großen Anhang besaß,

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19200822/1